**Zeitschrift:** Der Armenpfleger : Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge

enthaltend die Entscheide aus dem Gebiete des Fürsorge- und

Sozialversicherungswesens

**Herausgeber:** Schweizerische Armenpfleger-Konferenz

**Band:** 30 (1933)

Heft: 6

Rubrik: Mitteilungen

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

## **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

## Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

seinem Ursprung geistig ist, nicht körperlich lösen, ohne dadurch in noch größere Wirrnis hineinzugeraten. Diese Not ist ja so eng verbunden mit dem furchtbaren Waterialismus, dem die Welt verfallen ist, und dessen Auswirkungen jett so grauens voll sind. Was für ein wahnwitziger Gedanke wäre es, wenn man, um einen Ausweg aus der Not der Arbeitslosigkeit zu sinden, die Menschen, welche jett scheindar keinen Platz mehr haben in der Welt, vernichten wollte. Vielleicht muß nach einem großen Jusammenbruch eine Zeit kommen, da neue Lebensmöglichkeiten geschaffen werden, die auf andern Grundlagen als auf dem Boden des Materialismus aufgebaut sind. Dann wird das Wort: Platz für alle hat die Erde, kein Hohn mehr sein, und die Mütter werden ihre Kindlein nicht mehr als eine Not empfinden, sondern sie fröhlich hoffend und durch sie gesegnet dem Leben entgegentragen.

## Seimruf von Unterstütten.

Nach Paragraph 27 des Armengesetzes ist die Armenbehörde berechtigt, Unterstützungen an die Bedingung zu knüpfen, daß die Unterstützungsbedürftigen ihren Wohnsig in der Heimatgemeinde nehmen. Gegen solche Verfügungen kann Rekurs ergriffen werden. Eine Armenpflege wünschte Auskunft darüber, ob diese Bestimmung nicht dem Art. 45 der Bundesverfassung widerspreche, der die Niederlassungsfreiheit im ganzen Gebiet der Eidgenossenschaft gewährleistet. Un der Armen= gemeinde war der Antrag gestellt worden, zwei auswärts wohnende Unterstützte heimzurufen, damit die Unterstützungsgelder innerhalb der Gemeinde verbraucht würden. Der Regierungsrat hält solchen Antrag für verfassungswidrig. Die in der Bundesverfassung Art. 45 garantierte Niederlassungsfreiheit kann auch einem Armengenössigen nicht ohne weiteres entzogen werden. Vielmehr muß jeder Fall für sich geprüft werden. Paragraph 27 des Armengesekes kann nur in Verbindung mit Art. 45 der Bundesverfassung ausgelegt werden. Wenn ein Bürger in der Heimatgemeinde Arbeit und Verdienst bekommt, während er auswärts arbeitslos ist, wenn ein Kind bei geeigneten Verwandten untergebracht werden kann, kurz, wenn der Aufenthalt in der Heimatgemeinde für den Unterstützten viel besser und zweckmäßiger ist, so hat es die Armengemeinde in der Hand, die Unterstützung zu verweigern, worauf die (allerdings oft bedauerliche) Heimschaffung nach Art. 45 BB. gegeben ist. Aber auch in einem solchen Falle kann der Unterstützte immer noch Rekurs an die Armen- und Vormundschaftsdirektion und an den Regierungsrat ergreifen. Ein grundsäklicher Beschluß einer Armengemeinde, fünftig keine Unterstükungen mehr nach auswärts zu gewähren, müßte ohne weiteres kassiert werden. Die Beschränkung der Niederlassungsfreiheit kann nur im Interesse des Unterstützten selber, nicht im Interesse der Armengemeinde erfolgen. (Aus den Verhandlungen des Regierungsrates des Kts. Glarus vom 11. Mai 1933.)

**Bern.** Möglichkeit des Wohnsikwechsels. "I. Die Tatsache, daß eine Person bevormundet ist und in ihrem Lebenswandel beaufsichtigt werden muß, hindert sie nicht am Wohnsikwechsel." (Entscheid des Regierungsrates vom 20. Juli 1932.) Aus den Motiven:

Aus den Akten geht hervor, daß im Serbst 1929 und im Serbst 1930 bei Familie 3. die Boraussekungen zur Auftragung auf den Etat der dauernd Unterstützten noch nicht vorlagen. Eine Umgehung der gesetzlichen Ordnung liegt daher nicht vor. Aus dem Borstehenden ergibt sich nämlich, daß E. Z. im Sommer 1929 in M. in bezahlter Stellung war; sie hatte auch in keiner Weise unterstützt werden müssen. Die Boraussehung dauernder Unterstützungsbedürftigkeit lag daher in diesem Zeit-

punkte zweifellos noch nicht vor. Die Tatsache ferner, daß sie schon damals bevor= mundet war und eine stete Überwachung aus dem Grunde notwendig erschien, weil bei ihr schon damals eine gewisse Liederlichkeit zutage getreten war, bildet an sich keinen Grund zur Statauftragung. Maßgebend für die Statauftragung einer Person ist nur ihre Unterstükungs-, nicht ihre Überwachungsbedürftigkeit. Zudem ist weitere Voraussehung einer Etataufnahme, daß vorgängig die im Armen= und Armen= polizeigesek vorgesehenen armenpolizeilichen Maknahmen ergriffen worden sein müssen, sofern die dauernde Unterstükungsbedürftigkeit auf unsoliden Lebenswandel zurückzuführen ist. Dabei genügt es nicht, diese Magnahmen vor der Etataufnahme nur einzuleiten, sondern es muß zunächst deren Erfolg abgewartet werden. Die Tatsache, daß die E. 3. im Berbst 1929 aus der Stelle lief, machte die Ergreifung schärferer Maknahmen notwendig, und es erfolgte auf Antrag der Vormünderin die Versekung in die Anstalt Hindelbank. Die Entlassung fand am 8. Oktober 1930 statt, und es mußte nun zunächst der Erfolg dieser schärfern Magnahme abgewartet werden. Eine Auftragung auf den Etat der dauernd Unterstütten wäre aus diesem Grunde auch im Herbst 1930 verfrüht gewesen. Die Tochter war denn auch im Winter 1930/31 wieder ständig in bezahlter Stellung und hat dort ihren Lebensunterhalt wieder selbst verdient, so daß die vorausgegangene armenpolizeiliche Maßregelung doch einen günstigen Einfluß auf sie ausgeübt hatte. Leider hielt er nicht Stand. Dauernde Anstaltsversorgung wurde nötig. Damit war aber die Voraussetzung dauernder Unterstükungsbedürftigkeit vorhanden und die Auftragung auf den Etat der dauernd Unterstükten im Herbst 1931 begründet.

"II. Gebrechlichkeit, Alter, Arbeitsunfähigkeit und Unterstützungsbedürftigkeit heben grundsählich die Fähigkeit zum Wohnsikwechsel nicht auf." (Entscheid des Regierungsrates vom 26. August 1932.)

Motive:

Wie im Rekurs der Gemeinde H. mit Recht geltend gemacht wird, stand G. zur Zeit des Wohnsikwechsels weder auf dem Etat der dauernd Unterstükten, noch war er verkostgeldet, da er sich aus seinen eigenen Einkünften erhält. Es ist deshalb nur zu prüfen, ob er nach der bisherigen Praxis für die Zeit des Wohnsitwechsels denn nur diese und nicht die nachfolgende Zeit fällt in Betracht — als Versorgter zu betrachten ist. Dies ist nicht der Fall; denn zu jener Zeit war G. nicht in einem Zustand, der ihn fortgesekt von seiner Umgebung abhängig machte, und der ihn hinderte, vollständig freie Entschlüsse zu fassen. Auch die Berufung des Regierungs= statthalters auf frühere Entscheide gehen insofern fehl, als in dem einen die Anwen= dung des Art. 110, d.h. der Aufenthalt ohne Einschreibung, für eine Person zuge= standen wurde, die sowohl körperlich als geistig (nicht körperlich oder geistig) in einem Zustande sich befand, der sie von der Aufsicht und Pflege ihrer Umgebung abhängig machte, und im zweiten erwähnten Entscheide ausdrücklich gesagt ist, daß Blindheit, Taubheit und Taubstummheit nicht vom Wohnsitzerwerbe ausschließen. Der Um= stand, der in diesem Entscheide berücksichtigt wurde, nämlich die mangelhafte Aus= bildung, die eine genügende Erwerbsfähigkeit und einen Unterhalt aus eigenen Mitteln ausschloß, trifft dagegen für diesen Fall gar nicht zu. Im Gegensatz zu den Fällen, die diese Entscheide zum Gegenstand haben, handelte es sich in diesem Fall zur Zeit des Wohnsitzwechsels um einen geistig rüstigen, lediglich alten und gebrech= lichen Mann, der von keinen Unterstützungen abhängig war. Daß er nach dem Wohnsikwechsel — genau wann geht aus den Akten nicht hervor — erblindete und bett= lägerig wurde, ist unerheblich. Grundlegend für den vorliegenden Tatbestand ist vielmehr, was die Praxis immer wieder bestätigt hat, daß Gebrechlichkeit, Alter, Arbeitsunfähigkeit und Unterstüßungsbedürftigkeit an sich grundsätzlich die Fähigkeit zum Wohnsitwechsel nicht aufheben. (Monatsschrift für bernisches Verwaltungsrecht und Notariatswesen, Bd. XXX, Nr. 157 und 160.)

— Begründung der Etataufnahme. "I. Wird die Notwendigkeit einer Etataufnahme durch eine Unterstühung seitens der Kinder des Aufzunehmenden hinausgeschoben, so findet — im Gegensah zu dem Falle einer Unterstühung durch die freiwillige Liebestätigkeit — eine Rückdatierung der Etataufnahme nicht statt.

II. Eine mangelhafte Aufklärung der regreßpflichtigen Gemeinde vor der Etataufnahme und Nichterscheinen des Aufzunehmenden bei der Etatverhandlung führt eine Verwirkung des Regreßrechtes nur herbei, wenn dargetan ist, daß die regreßpflichtige Gemeinde beim Nichtvorhandensein dieser Mängel eine Etataufnahme hätte verhindern können." (Entscheid der Armendirektion vom 7. Oktober 1932.)

Aus den Motiven:

Maßgebend zur Beurteilung der Frage, ob die Aufnahme des J. B. auf den Etat der dauernd Unterstützten pro 1932 begründet war oder nicht, sind einerseits die Berhältnisse, wie sie im Zeitpunkt der Etatverhandlungen im Herbst 1931 vorlagen und anderseits die Bestimmungen des Art. 2, Ziffer 1, lit. b und Art. 9 A. und NG.

Aus den Akten ergibt sich, daß bei J. B. im Herbst 1931 ein dauernder Notstand tatsächlich vorhanden war. Das vorgerückte Alter und die großen, unheilbaren Rrampfadergeschwüre hinderten J. B. absolut, seiner frühern Tätigkeit als Handlanger nachzugehen oder auf andere Weise noch genügend für seinen Lebensunter= halt zu verdienen. Aus diesem Grunde mußte der Mann von B. bereits im Winter 1930/31 vorübergehend und ab Herbst 1931 regelmäßig unterstützt werden. H. gibt denn auch zu, durch Vorverhandlungen scheine die Berechtigung der Etatauftragung erwiesen worden zu sein. Diese Armenbehörde verlangte aber im Rekurse, daß die Aufnahme auf den Etat auf denjenigen Zeitpunkt zurückzudatieren sei, in welchem die Voraussehungen zur Aufnahme zuerst erfüllt waren. B. leide schon seit fünf bis sechs Jahren oder mehr an Krampfadergeschwüren und sei seither immer an der Arbeit behindert gewesen. Er habe sich aber ohne Unterstützung durchbringen können. weil er bei seiner Tochter und seinem Schwiegersohn in gleicher Haushaltung wohnte und auch die anderen Kinder ihn nach Möglichkeit unterstützten. In dieser Beziehung ist zu erwähnen, daß die Kinder durch die Aufnahme und Unterstükung ihres Vaters teine freiwillige Liebestätigkeit ausübten, sondern nur ihre gesekliche Unterstützungs= pflicht erfüllten. Eine Rückdatierung der Etataufnahme ist daher nicht möglich.

Auf die Einreden formeller Natur der Armenbehörde H. ist folgendes zu besmerken:

Eine mangelhafte Aufflärung der regreßpflichtigen Gemeinde vor den Etataufnahmen und Nichterscheinen des Aufzunehmenden führt eine Verwirkung des
Regreßrechtes immer nur dann herbei, wenn dargetan ist, daß die regreßpflichtige
Gemeinde beim Nichtvorhandensein dieser Mängel eine Etataufnahme hätte verhindern können. Aus den Akten ergibt es sich, daß bei den Etatverhandlungen sowohl
der aufzunehmende J. B. als auch ein Vertreter der Armenbehörde von H. anwesend war. Diese kannte übrigens seine Verhältnisse schon seit längerer Zeit.
Irgendein Nachteil ist ihr dadurch, daß Ort und Tag der Etataufnahme nicht auf dem
üblichen Formular mitgeteilt wurden, nicht erwachsen. Wesentlich ist vielmehr die
Tatsache, daß die Anzeige rechtzeitig erfolgte, so daß die Armenbehörde H. die Mögslichkeit hatte, die ihr gutscheinenden Erhebungen zu machen. Dies trifft nach den
Atten zu. (Monatsschrift für bernisches Verwaltungsrecht und Notariatswesen,
Bd. XXX, Nr. 161.)

— Vorübergehender Aufenthalt und Wohnsitzerwerb. I., Der Aufenthalt einer gesunden Person, der im Sinne einer "Zuflucht" gewählt wird, ist zur

Begründung des polizeilichen Wohnsitzes nicht geeignet." (Entscheid des Regierungs= rates vom 28. Juni 1932.)

Aus den Motiven:

... Die beschwerdebeklaate Gemeinde hat im weitern die Kähigkeit des P. zum Wohnsikwechsel nicht bestritten. Er stand zu jener Zeit weder auf dem Etat der dauernd Unterstütten, noch war er verkostgeldet. Dagegen hat mit der Beschwerde= beklagten die Vorinstanz angenommen, es habe sich um einen Aufenthalt gemäß Art. 110 des A. u. NG. gehandelt, weil er zum Zwecke der Zuflucht genommen worden sei. Nun entspricht aber der vorliegende Fall tatbeständlich durchaus nicht dem früher veröffentlichten Kalle, wo es sich um eine pflegebedürftige gehirngrippe= kranke Person handelte. P. war dagegen zur Zeit seines Wohnsitwechsels, abgesehen von seiner Niedergeschlagenheit wegen seiner Entlassung, durchaus gesund. Für die erst in der Refursantwort aufgestellte Behauptung, er sei damals frank oder zum mindesten erholungsbedürftig gewesen, fehlt jeder Beweis. Außerdem ist zu beachten, daß der Regierungsrat seit dem erwähnten Entscheide davon abgekommen ist, die gemäß Art. 110 des A. u. NG. zu entscheidenden Ausnahmefälle, für die trok Bestehens der Fähigkeit zum Wohnsikwechsel die Einschreibung nicht zu erfolgen brauche, nach einem so vagen Tatbestandsmaterial, wie ein Zufluchtsuchen es dar= stellt, zu beurteilen. Es sei lediglich auf die seitherigen Entscheide hingewiesen. In keinem dieser Fälle ist von einer Zuflucht mehr die Rede. Die Verwendung und Zufügung dieses Merkmals im Sinne einer Ausschließung der Eintragungspflicht trok Bestehens der objektiven Voraussetzungen für die Wohnsitzbegründung würde eine zu ausgedehnte und unzulässige Interpretation der ohnehin restriktiv zu interpretierenden Ausnahmebestimmung des Art. 110 des A. u. RG. bedeuten.

Der vorliegende Fall gleicht vielmehr den vielen bisher entschiedenen Fällen, in welchen Personen, die ihre Stellungen verloren hatten, sich zu ihren Eltern nach Hause begaben, um abzuwarten, dis sie eine neue Anstellung oder sonstwie wieder Arbeit fanden. Für diese Aufenthalte ist bei einer Dauer von über 30 Tagen immer wieder die Einschreibung verfügt worden, da sie nicht als zum vornherein zeitlich begrenzt, nicht als vorübergehende Aufenthalte oder als Besuche, Ferien oder Aufenthalte zur Ausführung einer bestimmten Arbeit aufgefaht werden konnten.

II. Ein Dienstmädchen, das seine Dienstherrschaft zu einem Ferienaufenthalt begleitet, behält seinen bisherigen Wohnsitz während jenes Aufenthaltes bei." (Entscheid des Regierungsrates vom 12. Juli 1932.)

Der Tatbestand ist folgender:

Mit Beschwerde vom 29. April 1932 stellte die Gemeinde B. beim Regierungsstatthalteramt T. das Begehren, die Gemeinde S. sei zu verhalten, die vorgenannte G. rückwirkend auf den 1. Juni 1931 in ihr Wohnsitzegister einzutragen. Als Besgründung wurde geltend gemacht, die Betreffende habe vom 1. Mai dis Dezember 1931 ununterbrochen in M. bei Frau A. gewohnt, bei der sie als Dienstmädchen angestellt gewesen sei. Frau A. besitze in M. eine Ferienwohnung. Es sei allerdings richtig, daß sie als Feriengast gemäß Art. 110 des A. u. NG. ihr Domizil in B., wo sie sonst wohnt, verzeichne und in S. nicht Wohnsitz erwerbe. Anders verhalte es sich dagegen bei ihrem Dienstmädchen, das nicht wie Frau A. einen Standort verzeichne, an den sie nach Beendigung der Ferienzeit zurückzusehren gedenke. Diese Tatsache ergebe sich auch aus dem Umstand, daß die G. ihre Stelle bei Frau A. im Dezember des vergangenen Jahres verlassen habe und zu ihren Eltern gezogen sei. Das hauptsächlichste Moment als Voraussetzung für die Anwendung des Art. 110 des A. u. NG., nämlich die sessen Vosassetzung sesensier dies Standort und Ausgangsspunkt, habe vollständig gesehlt. Die Geneinde S. berief sich gegenüber dieser Ausser

legung auf den unzweideutigen Wortlaut des Art. 110 des A. u. NG. Der Regierungsstatthalter von T. hat die Begründung der städtischen Polizeidirektion von B. abgewiesen, weil die Kündigung der Herrschaft während des Ferienaufenthaltes der G. nicht plöglich deren Wohnsitzerwerb veranlassen konnte. Eine solche Auslegung könne nicht im Willen der Gesetzgebung liegen und müßte zu Unbilligkeiten führen.

Motive: Art. 110 Absat 1 des A. u. NG. bestimmt:

"Kantonsangehörige, welche nur vorübergehend außerhalb ihres Wohnsitzes verweilen — z. B. Beamte in amtlichen Geschäften, Militärs, Gäste in Kurorten (Pensionen), Personen auf Besuch oder auf Reisen, Küher, welche im Sommer die Alpen befahren und im Winter mit ihrer Viehware zur Fütterung sich außerhalb ihres Wohnsitzes begeben —, sind für sich, ihre Familienangehörigen und Diensteboten für den jeweiligen Aufenthalt frei von Ausweisen."

Die städtische Polizeidirektion hat zugegeben, daß diese Bestimmung für den Aufenthalt der Frau A. in M. zutraf, und daß diese ihren Wohnsit in B. beibehält. Auch ist nicht bestritten, daß ihr Dienstmädchen G. vor dem Ferienaufenthalt in B. Wohnsit hatte; denn sie war schon vorher Angestellte bei Frau A. Art. 110 sagt nun deutlich, daß nicht nur die dort erwähnten, vorübergehend außerhalb ihres Wohnsites weilenden Personen frei von Ausweisen seien, sondern auch ihre Familiensangehörigen und Dienstdoten, ohne für diese aber, wie die Polizeidirektion dieseinfach schlechthin annimmt, zu verlangen, daß sie ebenfalls von einem bestimmten Standort oder Ausgangspunkt herkommen und dahin zurückehren müßten.

Wenn für die Familienangehörigen und Dienstboten ebenfalls nur unter den gleichen Voraussehungen wie für die übrigen Personen der Aufenthalt frei wäre, dann hätte es durchaus keinen Sinn gehabt, sie als Begleitpersonen noch zu erwähnen.

Das Geset wollte hier vielmehr, wenn es die Hauptpersonen vom Wohnsitzerwerb befreite, nicht andererseits die Gemeinde zur Einschreibung von Personen verpflichten, die lediglich jener wegen gezwungen waren, denselben Wohnort zu beziehen. Der Vergleich der städtischen Polizeidirektion mit den Saisonangestellten ist ebenfalls nicht haltbar, weil diese von sich aus einen andern Wohnsitz beziehen, und es durchaus nur auf ihre eigenen Verhältnisse ankommt, ob sie Wohnsitz erwerben oder nicht. Es liegt im Grunde genommen, wie bei den Fällen des Art. 100, nur im Sinne einer Vefreiung vom Wohnsitzerwerd, eine Art der Derivation hinsichtlich der Wohnsitzfrage während des vorübergehenden Aufenthaltes der Dienstegeber vor. Es ist somit unerheblich, ob im vorliegenden Falle das Dienstmädchen nach Ablauf seines Dienstverhältnisses am Ferienort der Frau A. an deren Wohnsitzurücksehrte oder nicht. (Monatsschrift für bernisches Verwaltungsrecht und Notariatsewesen, Bd. XXX, Nr. 155 und 156.)

Solothurn. Liga zur Bekämpfung der Tuberkulose. Die Frauenliga zur Bekämpfung der Tuberkulose hat sich mit der Männervereinigung, die dem gleichen Zwecke dient, zusammengeschlossen. Die Gründung der Frauenliga erfolgte als erste in der Schweiz im Jahre 1904. Im ersten Jahre waren schon 6000 Mitsglieder gewonnen. Seute breitet sie sich mit 26 Sektionen über den ganzen Kanton aus. Die Zahl der Mitglieder ist auf 12000 angewachsen. Sine mächtige Förderung der Bewegung war die Gründung des Sanatoriums Allerheiligenberg, das im Jahre 1910 eingeweiht werden konnte.

Die Gesamtausgaben der Frauenliga in den 29 Jahren ihres Bestehens betragen rund  $2\frac{1}{2}$  Millionen Franken. Sie hat nicht weniger als Fr. 124656.— an das Sanatorium und seine Freibettensonds abgegeben. Die Beiträge für Kur= und Heimunterstützungen belaufen sich auf Fr. 1820481.—. Ihr eigentliches Gebiet lag in der Fürsorge und Überwachung der Patienten und ihrer Familien. A.